

Wahlkampf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryedgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

W I E N
Nr. 22 November 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung
gen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig 5 — 90

Nach den deutschen Reichstagswahlen Der große kommunistische Wahlerfolg und seine Bedeutung für den revolutionären Massenkampf

Die Militärdiktatur hat am 6. November eine schwere Schlappe erlitten. Sie zog mit der Hoffnung in den Kampf, die Massen, die vor ihr am 20. Juli kampflos zurückgewichen waren, seien bereits so sehr niedergedrückt, daß sie lieber zu Hause bleiben als gegen die Regierung demonstrieren werden. Sie hat am 3. November bereits die entscheidende Antwort erhalten, als sich in Berlin 20.000 Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft (Straßenbahn, U-Bahn, Autobus) gegen die Lohniktatur erhoben, zum Massenstreik übergingen und ihn — trotzdem er als „hochverraterisch“ von der Regierung erklärt wurde — mit beispiellosem Elan, begeistert unterstützt vom gesamten Berliner Proletariat und teilweise sogar vom Kleinbürgertum, durchführten. Ueber dieses bedeutendste Ereignis in Deutschland seit dem 20. Juli, in dessen Zeichen am 6. November Berlin wählte, sprechen wir an anderer Stelle ausführlich.

Am 6. November ist die von Papen erhoffte „Resignation“ der Massen (Wahlenthaltung) nicht eingetreten. Ja, in Groß-Berlin, der größten Arbeiterstadt im kontinentalen Europa, aufgefüllt und emporgewirren durch einen gewaltigen Massenstreik, war die Wahlbeteiligung noch um 130.000 Stimmen größer als im Juli (was nur zu einem Teil auf die Rückkehr der Sommerurlauber zurückzuführen ist).

Die Militärdiktatur hatte weiter gehofft, daß sie im Lager der Konterrevolution eine tiefgehende Verschiebung vom faschistischen zum bonapartistischen Flügel, von Hitler zu Hugenberg, durchführen werde. Wohl ist es ihr gelungen, Hitler empfindlich zu schwächen, nicht aber Hugenbergs Deutschnationale entscheidend zu kräftigen. Die Gesamtbasis der Konterrevolution (Hitler und Hugenberg) in den Massen ist schwächer geworden. Am 31. Juli hatten die Nazis 13,745.000 Stimmen, die Deutschnationalen 2,177.000, das sind mit den 436.000 Stimmen der Deutschen Volkspartei, die von der burglichen Mitte zur offenen Konterrevolution ubergewandert ist, zusammen 16,358.000 Stimmen.

Am 6. November haben die Nazis eine schwere Niederlage erlitten. Der Rückgang der Wahlbeteiligung um 84 Prozent auf 80 Prozent hat sich vor allem in ihrem Massenanhang ausgewirkt. Sie sind von 13,7 Millionen auf 11,7 Millionen Stimmen zurückgegangen, sie haben genau 2 Millionen Stimmen verloren, von denen aber die Deutschnationalen nicht einmal 800.000, die Deutsche Volkspartei etwas über 200.000 Stimmen gewannen, so daß die Gesamtstärke der konterrevolutionären Front um mehr als eine Million, auf insgesamt 15,322.000 zurückging.

Die Arbeiterfront, deren klassenbewuter Teil den Kommunisten und deren politisch rückständiger Teil noch dem Reformismus folgt, ist — trotz Sinkens der Wahlbeteiligung, um ungefähr 1,7 Millionen Stimmen genau so stark wie am 31. Juli, d. h. sie ist relativ stärker geworden. Das Sinken der Wahlbeteiligung hat die Konterrevolution und die burgliche Mitte (Zentrum, Staatspartei usw.) geschwächt, nicht aber die Arbeiterbewegung. Wahlmudigkeit der Arbeiter wurde durch Gewinne aus dem Kleinbürgertum wettgemacht.

Wichtig aber ist die Verschiebung des Kraftverhaltnisses innerhalb der Arbeiterfront zwischen Reformismus und Kommunismus. Die SPD hat 700.000 Stimmen verloren, die KPD hat 700.000 Stimmen gewonnen.

Im roten Berlin ist die KPD mit 860.000 Stimmen weitaus an der Spitze; vor allem im Herzen Berlins, am roten Wedding, wo sie mit 115.000 Stimmen einen Gewinn von 24.000 Stimmen aufweist.

Der Gewinn der KPD deckt sich mit dem Verlust der SPD. Nichtsdestoweniger stammt er nicht ausschließlich von der SPD. In Berlin gewinnt die Partei den Verlust der SPD (77.000) und darüber

hinaus fällt ihr von der erhöhten Wahlbeteiligung (+ 130.000) die Hälfte zu.

Der Verlust der Nazis (— 37.000) fällt dagegen den Deutschnationalen zu, die 94.000 Stimmen gewinnen, d. h. den Nazi-Verlust und den Rest der höheren Wahlbeteiligung Berlins.

Das Ergebnis von Berlin zeigt, daß der Kurs der Parteiführung in den Wahlen, durch eine unerhört opportunistische, nationalbolschewistische Zuspitzung des Kampfes gegen Versailles in das Nazilager tief einzubrechen, völlig gescheitert ist.

In höchstens 7—9 Wahlkreisen ist es der Partei gelungen, den Nazis ein paar tausend Stimmen abzunehmen; so z. B. im Wahlkreis Merseburg, wo die Partei 16.000 Stimmen gewinnt, die SPD nur 9.000 verliert, so daß die Partei höchstens 6—7.000 Stimmen von den Nazis gewonnen hat; ähnlich im Wahlkreis Weser-Ems, wo die Partei höchstens 9—10.000 den Nazis abgewinnt, ebenso in Sudhannover-Braunschweig, in Westfalen-Nord ungefähr 3.000, in Dusseldorf-West höchstens 9—10.000, ebenso in Leipzig Chemnitz-Zwickau, Hamburg und Baden.

Insgesamt wird der Gewinn aus dem Nazilager höchstens 100.000 Stimmen betragen, wahrscheinlich ehemalige kommunistische Wähler, die bei den Präsidentschaftswahlen „umkippten“.

Dieses Ergebnis zeigt, wie kläglich die praktischen Ergebnisse des nationalbolschewistischen Manevers sind.

Der große Wahlerfolg der KPD, der zwar nicht so groß ist, wie viele Parteigenossen erwarteten, vor allem nicht so groß, wie ihn z. B. der „Generalsekretär“ der Kom.-Partei Oesterreichs, der „bekannte Marxist“ Koplengig am 21. Oktober in Graz (Industriehalle) üblich prophezeiht — nämlich 3 Millionen Stimmengewinn — der Wahlerfolg unserer Partei ist groß und er ist ein deutlicher Ausdruck des ungebrochenen Kampfwillens der Massen, ihrer tiefen Erbitterung, ihres steigenden Klassenbewutseins.

Der 6. November zeigt uns, wie gewaltig groß die Möglichkeiten für die Organisation eines kraftvollen revolutionären Massenaufschwungs sind, wenn unsere Partei in Deutschland ihre politische und organisatorischen Mängel überwindet.

Der 6. November zeigt uns aber auch, daß es noch keineswegs gelungen ist, das Fundament des Reformismus zu zerschlagen. Trotz seines Verrates, seiner Ohnmacht, seiner Kapitulation ist er an den entscheidenden Punkten ungebrochen. In Sachsen, vor allem in Leipzig, zeigt er sich sehr zähe, ja festigt sogar noch seine Positionen. Im westdeutschen Industriegebiet (Westfalen und Dusseldorf) behauptet er sich bei kleineren Verlusten, ebenso in Mitteldeutschland (Merseburg), Ostpreußen, Schlesien. Wir würden auf der anderen Seite aber auch einen verhängnisvollen Fehler begehen, würden wir die Wahlniederlage des Faschismus überschätzen. Er ist trotz seiner Niederlage eine ernste Gefahr geblieben, seine phantastisch rasch zusammengewehnten Massen sind nicht „auseinandergeweht“ worden, er bröckelt ab, aber er zerbricht nicht von selbst. Eine Masse von nahezu 12 Millionen ist eine ungeheuer breite Basis für die Aktionen der faschistischen Konterrevolution, die trotz wachsender innerer Gegensätze über eine sehr bewegliche und aktive Kampfformation verfügt, wie das Auftreten der SA im Berliner Massenstreik gezeigt hat.

Die Militärdiktatur hat am 6. November eine schwere Schlappe erlitten, aber sie wird über diese Wahlschlappe keineswegs stürzen. Fallen wird vielleicht Herr Papen, der als Person der Erweiterung der Militärdiktatur durch die Nazis hinderlich im Wege steht; die zentrale Figur der Militärdiktatur, Schleicher, würde dabei auch nach außen hin in den Mittelpunkt gerückt werden.

Aber weitergehen wird innerhalb der Konterrevolution — gleichgültig ob Papen von Schleicher abgelöst, ob Hitler hinzutritt oder nicht — der innere Kampf zwischen den bonapartistischen Kräften und den faschistischen und dieser politische Kampf wird weitgehend bestimmt werden durch den gegenwärtig noch unentschiedenen Kampf zwischen Grogrundbesitz und Finanzkapital, wer von beiden die Hegemonie haben soll. Dieser Kampf läuft mitten durch die Militärdiktatur und spiegelt sich im Kampf zwischen dem Wirtschaftsminister Warmbold und dem Landwirtschaftsminister Braun wider.

So werden die inneren Widersprüche im Lager der Konterrevolution weiterwirken, die Verschärfung der internationalen Agrarkrise wird die deutsche Agrarkrise vertiefen, die Fortdauer der internationalen Industrie- und Handelskrise wiederlegt die Perspektiven des „Wirtschaftsprogramms“ Papens, die Klassengegenseitigkeit in Deutschland werden noch schroffere Formen annehmen als bisher.

Mit aller Wucht wird sich Konterrevolution, je mehr ihre inneren Widersprüche und sogar die Gegensätze innerhalb ihrer einzelnen Flügel (Krise in der NSDAP) wachsen, den Druck auf die Arbeiterklasse verschärfen, über Staatsstreich darf man ja nichts schreiben, aber es ist gestattet auszudrücken, daß neue Staatsstreichs sozusagen „in der Luft liegen“.

Es droht der Verfassungs-Streich der Militärdiktatur, ihre abenteuerliche Außenpolitik, ihr Block mit den Faschisten zur stärkeren, wirksameren Massenknebelung.

Es droht vor allem ein entscheidender Schlag gegen die KPD, gegen den „Bolschewismus“, den Herr Papen „mit Stumpf und Säbel“ ausrotten will.

Wer wird wen mit „Stumpf und Säbel“ ausrotten? Darüber konter die Wahlen nicht entscheiden, aber darüber fallen die Entscheidungen im Massenkampf. Wir haben am 6. November bei den Wahlen gesiegt, aber wir haben am 7. November den großen Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter verloren — trotz allem Heroismus der kämpfenden Arbeiter, weil unsere Partei es nicht versteht, wirkliche Massenstreiks zu führen. Der 6. und 7. November — zwei Tage unmittelbar einander folgend, enthüllen den ganzen Widerspruch der deutschen Lage. Ueberwinden kann dieser Widerspruch nur werden, wenn unsere Partei lernt, eine wirkliche Aktionspartei zu werden.

Gen. Dschen-Du-Hsiu verhaftet! Fordert Protestaktionen durch die Rote Hilfe!

Genossen, Dschen-Du-Hsiu, der Führer der chinesischen Linken Opposition, wurde am 12. Oktober in Schanghai mit sechs Genossen in der internationalen Siedlung im Auftrage der chinesischen Regierung verhaftet. Die Presse der Komintern schweigt diese Verhaftung tot, die Rote Hilfe rührt keinen Finger, denn Dschen-Du-Hsiu, der Generalsekretär der KP Chinas bis 1927, hat den Bankrott des Stalin-Bucharin-Kurses in der chinesischen Revolution erkannt und sich 1930 der Linken Opposition angeschlossen. Parteigenossen, Mitglieder der Roten Hilfe! Fordert in allen Zellen- und Gruppenabend eine Protestresolution an die chinesische Gesandtschaft!

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Ombaus Volksgarten, Steggrundschul 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagungsordnung:
Der Berliner Verkehrstreik und das Ergebnis der Reichstagswahlen.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mehrsal“ sind eingeladen.

Der große Streik der Berliner Verkehrsarbeiter und die Lehren seines Zusammenbruches

Wie es zum Kampfe kam

Die Direktion der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) war dazu übergegangen, entsprechend dem Papenschen Lohn-diktat die Löhne der Verkehrsarbeiter um 20 Prozent zu senken. Als sie im Verlaufe der Verhandlungen mit der freien Gewerkschaft, dem Gesamtverband, sah, daß infolge der Erbitterung der Arbeiter eine sofortige starke Lohnherabsetzung nicht leicht durchzusetzen sei, schlug sie den Weg des etappenweisen Lohnabbaues ein und forderte eine sofortige Lohnherabsetzung von 2 Pfennig pro Stunde. Die Gewerkschaftsbürokratie stellte diese Forderung der Belegschaft zur Urabstimmung, wobei sie keinen Zweifel darüber ließ, daß sie selbst für die Annahme sei, sogleich diesem Lohnabbau sehr rasch ein weiteres folgen sollte. Die Urabstimmung am 2. November ergab, daß von 21.000 Arbeitern 18.000 abgestimmt hatten, davon mehr als 14.000 für die Ablehnung des Lohnabbaues, weniger als 4000 waren für die Annahme. Da die nach gewerkschaftlichem Statut notwendige Dreiviertelmehrheit nicht vorhanden war, erklärte sich die Gewerkschaftsbürokratie in schärfster Form gegen jeden Streikversuch.

Die RGO hatte unterlassen in den einzelnen Bahnhöfen Delegierte wählen lassen, die am 2. November abends zusammentraten, eine Zentrale Streikleitung wählten und auf Grund der Abstimmung wurde die Parole zum Streik herausgegeben.

Am Morgen des 3. November war in ganz Berlin der gesamte Verkehr stillgelegt, die überwältigende Mehrheit der Belegschaft, darunter hunderte organisierte Sozialdemokraten und Gewerkschafter, folgten mit stürmischer Begeisterung der Streikparole.

Als das arbeitende Berlin am Morgen des 3. November aufstand, und sich dem grandiosen, geschlossenen Verkehrstreik gegenüber, da ging durch die ganze Stadt ein Sturm der Begeisterung, eine Welle des Triumphes, wie wir sie seit langer Zeit nicht mehr erlebt hatten. Im Bewußtsein der Arbeiterklasse war der Kampf der BVG-Arbeiter kein einfacher Lohnkampf, er war ein Fanfarensignal, eine machtvolle Kampfausgabe an die Militärdiktatur, die seit dem kampflosen Rückzug der Arbeiter am 20. Juli in eitlem Selbstverblendung geachtet hatte. Die deutsche Arbeiterklasse sei bereits in die Knie gezwungen.

Der Streik im Zeichen des „Hochverrats“

Am Abend des 3. November wurde der Schiedsspruch, der eine vorläufige Lohnkürzung von 2 Pfennig vorsah, für verbindlich erklärt. Die Gewerkschaften wandten sich nun mit aller Kraft gegen den Streik, die Direktion der BVG stellte öffentlich ein Ultimatum an die kämpfende Belegschaft, indem sie die Wiederaufnahme der Arbeit bis Freitag, den 4. um 2 Uhr nachmittags forderte und alle nach diesem Zeitpunkt noch im Streik befindlichen Arbeiter als entlassen erklärte. Diese Drohungen, weit entfernt, den Kampfwillen der Streikenden zu brechen, steigerten ihre Erbitterung und als am Abend des 4. November die Regierung den Streik als ungesetzlich erklärte, als „hochverräterisch“ betrachtete, als die Polizei eingesetzt wurde, und einige Demonstrationswagen der Straßenbahn vorn und hinten mit einem Polizisten, den Revolver in der Hand, durch die Straßen fuhren, da überfluteten die Berliner Arbeiter die Straßen, da merkten die wenigen Streikbrecher und ihre Helfershelfer sehr rasch und sehr gründlich, daß mit den Streikenden und mit den erbitterten Arbeitern auf den Straßen nicht zu spaßen sei.

Der Kampf um die Führung im Streik

Daß es der RGO trotz der Streikbruchhaltung der Gewerkschaftsbürokratie gelang, die Belegschaft nahezu geschlossen in den Kampf zu führen, spricht nicht für die Stärke der RGO, sondern für die Tiefe der Erbitterung der Belegschaft. Es war für unsere Genossen in der BVG und insbesondere in der RGO klar, daß die ungeheure ideologische und organisatorische Schwäche der RGO zu einer Krise des Streiks führen müsse. Seit vielen Monaten hatten unsere Genossen in der BVG in ihrem Kampf für die Schaffung der Einheitskomitees und schließlich durch die Schaffung des ersten Einheitskomitees auf dem Bahnhof II am Wedding-Müllerstraße versucht, die Arbeitereinheitensfront innerhalb der Belegschaft der BVG herzustellen und dadurch die Isolierung der RGO von den SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern zu überwinden.

Es war nicht zuletzt die von uns getragene und vorwiegend betriebliche Einheitskomiteebewegung, die in diesem Streik zu der kämpfenden Geschlossenheit der gesamten Belegschaft geführt hatte.

Der kritische Zeitpunkt im Streik begann am Sonnabend, als die Nazis, denen die organisatorische Schwäche und Hilflosigkeit der RGO und der Zentralen Streikleitung nicht verborgen blieb, dem Versuch unternahmen, die Führung des Streiks an sich zu reißen. Dieser Kampf setzte Freitag ein und erreichte Sonnabend, den 5. November seinen Höhepunkt. Die Faschisten bedienten sich dabei einer kombinierten Taktik. Da sie im Betrieb bedeutend schwächer sind als die RGO, verlegten sie das Schwergewicht ihrer Aktion auf die Straße durch den Einsatz der SA im Kampf gegen Streikbrecher. Nachdem sie am Freitag diesen Kampf auf der Straße geführt hatten und an manchen Stellen durch die organisatorische Geschlossenheit ihres Auftretens die Straße beherrschten, gingen sie am Sonnabend dazu über, Belegschaftsversammlungen auf den einzelnen Bahnhöfen einzubringen.

Jetzt zeigte sich die furchtbare Schwäche der RGO in den Betrieben und der Partei auf der Straße. Angesichts der mit jeder Stunde wachsenden Gefahr, daß die Nazis durch diese freche Demagogie ihren Einfluß bei den Streikenden stärken — die Verwirrung und Verzweiflung bei den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Streikenden immer heftiger Formen an, je mehr die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie zum niederrichtigsten Streikbruch übergingen — standen drei entscheidende Aufgaben vor dem revolutionären Flügel der Streikfront:

1. Die Zentrale Streikleitung, die gewählte Führung, mußte die stärkste Aktivität entwickeln, sie mußte überall sein, allen Schwankungen entgegenreten, sie mußte durch ihre Haltung, ihre Schritte zur Ausdehnung des Streiks, durch eine häufige Ausgabe von Streikbulletins über die Lage auf den einzelnen Bahnhöfen, den Streikenden das Bewußtsein geben, daß sie eine kraftvolle und kühne Führung besitzen.

2. Die RGO-Gruppen auf den Bahnhöfen mußten nach genauen Anweisungen arbeiten, die SPD-Genossen fester an sich ziehen und mit ihnen gemeinsam die streikenden Nazis ideologisch bearbeiten, ihnen die Widersprüche in der demagogischen Haltung ihrer Partei zeigen; die RGO-Gruppen mußten zum Rückgrat des Kampfes werden, zum Sturmbuch, der sich dem Streikbrecherblock entgegenstemmt, den die Gewerkschaftsbürokratie organisiert hatte.

3. Angesichts dessen, daß der Streik nicht auf andere, entscheidende Arbeitergruppen übergreifen und daß die BVG-Direktion, die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie durch alle Mittel versuchten, von der Straße aus die Streikenden von der Nutzung dieses Kampfes zu überzeugen, stand die KPD vor der Aufgabe, die Straße mobil zu machen, das, was am Freitag noch spontan geschehen war, nimmend organisiert durchzuführen; die Straße zu überschwemen, den Streikenden das erhabene Gefühl zu geben, daß hinter ihnen aktiv das Proletariat auf der Straße steht, und das Publikum darüber aufzuklären, daß es ein Verbrechen ist, Streikbrecherwagen zu benutzen.

Keine dieser elementaren drei Aufgaben wurde erfüllt. Die Zentrale Streikleitung wurde unsichtbar, nichts wurde von ihr vernommen, als die monotone Parole: Durchhalten. Die Zentrale Streikleitung mußte gewiß illegal gegenüber der Polizei sein, aber sie mußte mitten im Kampf stehen und nicht irgendwo im Dunkeln. Die RGO-Gruppen auf den Bahnhöfen waren in ihrer Mehrheit inaktiv, was an Aktivität geleistet wurde, das war das Zusammenwirken weniger erprobter Genossen mit Arbeitern, die der Streik plötzlich aus der Versenkung zu den höchsten Anspannungen emporriß, oft unbekannte Arbeiter, SPD-Genossen, Unorganisierte. Zeigte die RGO ihre Schwäche, so zeigte der Streik seine unermessliche erzieherische Wirkung.

Am katastrophalsten aber war das Versagen der Partei. An den meisten Bahnhöfen unterließ sie jede Massenmobilisierung. In entsetzlicher Hilflosigkeit sah sie dem Streik zu und wartete auf irgendein Wunder. Dieses „Wunder“ kam in der Gestalt von SA-Kolonnen, die die Belegschaften zu Versammlungen aufrief, denen sie auch folgten, um Neues zu erfahren. Es bedurfte der Aktivität der wenigen Genossen, darunter der Linken, die im Streik ihre Pflicht erfüllten, um die schmutzigen Manöver der Nazis zu durchkreuzen. Dies gelang nur bis zu einem gewissen Teil; bei den Wahlen am Sonntag zeigte sich, daß in den Wahllokalen, in denen vor allem BVG-Arbeiter abstimmten, in Wahllokalen unmittelbar im Bereich von BVG-Siedlungen, die Nazis Stimmen gewonnen haben.

Am Vorabend der offenen Streikkrise

Am Sonntag zeigte sich das Anwachsen der Krise des Streiks. Die Streikbrucharbeit der Bürokratie stieg und sollte am Montag auf das höchste gesteigert werden. Das Fehlen der Zentralen Streikleitung erschütterte die Zuversicht der Streikenden. Die Gerüchte, ausgestreut von Nazis — die Direktion vor der Kapitulation! — die Gerüchte der Reformisten — der Streik ist bereits so gut wie zusammengebrochen! — fanden keine starke, organisierte Abwehr. Es fehlte der Druck der Straße. Dutzende, ja hunderte „Blaue Briefe“, Entlassungsbefehle, kamen auf jedem Bahnhof an.

Die Krise des Streiks zeigte sich zuerst bei den Frauen. Sie waren am Beginn in der vordersten Front gestanden. Ihre Kinder auf dem Arm, standen sie vor den Hintertüren der Bahnhöfe und hielten sie den Streikbrechern entgegen: „Ihr Hunde wollt, daß unsere Kinder verhungern!“ Schwankende wurden von ihren Frauen zum Streik getrieben, Streikbrecher wurden von ihren eigenen Frauen beschimpft und gaben den Streikbruch auf.

Aber am Sonntag zeigte sich in der Veränderung der Haltung der Frauen, die, ungeschult als die Männer, mehr auf die Gerüchte reagierten, sich stärker durch die demonstrativ herumziehenden Bahnen beirren und durch die Entlassungen einschüchtern ließen, daß Montag die offene Krise ausbrechen werde.

Der furchtbare Zusammenbruch.

Wäre die RGO und die Parteiführung nicht im Wahl-tunnel ertrunken, hätte sie nur Ohren gehabt, um zu hören, und Augen, um zu sehen — sie hätten am Sonntag begreifen müssen, daß es jetzt der Aufbietung aller Kräfte bedürfen werde, um einen panikartigen Zusammenbruch zu verhindern. Die lokalen Streikleitungen spürten bereits Sonntag abends, daß der Streik zu wanken begann.

Es gab nur einen einzigen Weg mehr! Am Montag die Straßen überfluten, dadurch die Stimmung der Streikenden zu beleben und gleichzeitig eine Delegiertenkonferenz von allen Bahnhöfen einzuberufen und den Kampf darauf konzentrieren, daß alle Entlassungen rückgängig gemacht werden, und mit dieser Parole den Kampf zu führen, d. h. ihn dann ergebnislos abzubrechen, einen ehrenvollen und geschlossenen Rückzug in den Betrieb zu erkämpfen.

Das schlugen wir Linken vor, als der Zusammenbruch unvermeidlich geworden war. Das Streikkomitee des wichtigen Bahnhofes Müllerstraße II nahm diesen Vorschlag an, das erste ein Verhandlungskomitee wählen zu lassen, das der Betriebsleitung diese Forderung unterbreitete. Die Partei lehnte einen solchen Rückzug ab. Um halb 11 Uhr stimmte noch einmal die Versammlung der Belegschaft begeistert für die Weiterführung des Streiks, die unser Genosse Otto forderte, da die Partei von einem geschlossenen Rückzug nichts wissen wollte. Aber zur gleichen Zeit hatte der Bahnhof Tegel schon zu arbeiten begonnen, nachdem der Streikbrecher-Reformist der Belegschaft versichert hatte, Bahnhof Müllerstraße arbeite bereits; Halleusee fuhr, und auf den übrigen Bahnhöfen wuchs die Zersetzung lawinenartig.

Die Belegschaft des Bahnhofes Müllerstraße II hatte um halb 11 Uhr mit 400 gegen 2 Stimmen für die Weiterführung des Kampfes gestimmt. Als sie aber die Versammlung verlassen, als sie zum Bahnhof kamen, da marschierten gerade 80 Streikbrecher, geführt von den Reformisten, in den Bahnhof. Und da kam auch die Katastrophe: auf diesen Bahnhof, der als erster ein Streikkomitee gebildet hatte, auf dem die Linken die Führung zu sich gerissen hatten, als die Partei versagte und die Nazis um die Führung kämpften. Die durch das Versagen der RGO und der Partei zernüßte Belegschaft lief Hals über Kopf in den Betrieb, Unorganisierte, SPD-Genossen, RGO-Genossen. Draußen blieben nur wir und die Parteigenossen, bis es klar war, daß alles umsonst sei, daß der Streik auch auf diesem Bahnhof verloren sei.

Im Kampfe gefallen...

Dieser Streik hat nicht nur ungeheure Opfer von den Streikenden gefordert, unter den Kugeln der Polizei sind auch Arbeiter gefallen. Am Wedding fiel der Genosse Otto Horn, ein alter Mitkämpfer der Wedding Linken, der in den letzten zwei Jahren für die revolutionäre Sache die opfervollsten Dienste leistete, obgleich er der Partei selbst nicht mehr angehörte. Noch zwei Wochen vor seinem Tode setzte er sich mit aller Kraft für den Parteigenossen des UB-Gesundbrunnens ein und forderte sie auf, gegen die beabsichtigten neuen Anschlüsse oppositioneller Genossen zu stimmen. Seine Mühe war vergeblich, der Parteiparat schloß die Genossen trotzdem aus.

Als die Arbeiter des Wedding am Freitag die Straßen überfluteten und ihren Haß gegen das Streikbrechertum demonstrierten, da war Genosse Horn an ihrer Spitze. In diesem Kampf traf ihn die tödliche Kugel der Polizei. Er fiel, ein Blutzuge für den revolutionären Plan der Berliner, der Wedding Arbeiter, ein Blutzuge für die revolutionäre Kampftradition der alten, unbesiegbaren linken Opposition auf dem Wedding, der seine Sympathie gehörte.

Die Lehren des verlorenen Kampfes in der BVG

Wir haben bei den Fehlern der RGO und der Partei in diesem Streik nur die wichtigsten und vor allem nur die Fehler behandelt, die sie im Streik selbst begangen hat. Aber diese Fehler sind nicht zufällig und sie ergeben sich aus dem falschen politischen, gewerkschaftlichen und innerparteilichen Kurs der Partei.

Im Streik zeigte sich vom ersten Augenblick die Schwäche der RGO, die eine selbständige Gewerkschaftsorganisation sein will und daher keinernstlichste organisierte Basis in den freien Gewerkschaften besitzt. In dem Zweifrontenkampf gegen die reformistische Streikbruchhaltung und gegen die faschistische Demagogie genügt nicht die allgemeine Sympathie der Streikenden; es war ein aktives, gewerkschaftlich geschultes Fundament notwendig, wie es nur eine erfahrene selbstorganisierte Opposition in der freien Gewerkschaft sein kann. Wäre diese Gewerkschaftsopposition unsere gewerkschaftliche Basis im Streik gewesen, wir hätten die Manöver der Nazis in der Belegschaft im Keime erstickt. Die allgemeine Gewerkschaftslineie der Partei hat im BVG-Streik auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitten. Die RGO als selbständige Gewerkschaftsorganisation, isoliert von den freien Gewerkschaften, vermag unter günstigen Bedingungen Kämpfe auszulösen, zu führen vermag sie nicht.

Aber auch der politische Kurs der Partei hat gerade in diesem Streik Schiffbruch erlitten. Ihre Schwankungen in der Einschätzung der Faschisten und der Methoden zu ihrer Bekämpfung, ihr Kurs auf die SPD als „Hauptfeind“, ihr nationalbolsewistischer Wahlkampf gegen Versailles haben die notwendige, klassenmäßige Feindschaft gegenüber den Nazis in der Arbeiterschaft und auch in der kämpfenden Belegschaft geschwächt. Die Nazireform, betriebsfremde Naziführer aus der Zentrale, wurden in vielen Streikversammlungen mit großem Beifall angehört. Die demagogischen Aktionen der SA auf der Straße verwirrten manche Arbeiter und sie meinten: „Die SA ist ja gar nicht so schlimm. Sie hilft uns gegen die

Spendet Preßfonds!

Polizei.“ Der ideologische Kampf gegen die Nazis wurde nicht nur nicht gesteigert, sondern kam im Streik fast zum Stillstand.

Vor allem hat sich auch das innerparteiliche Regime ausgewirkt. Ein ansehnlicher Teil des oberen Parteiparates gab beschießende Beispiele der Feigheit; man mußte manche Parteiangestellte sogar dazu ans überreden, in Betriebsversammlungen, in denen bereits Nazi sprechen, das Wort zu ergreifen.

Die zur Unselbständigkeit erzwungenen Parteimitglieder reagierten auf die wichtigsten Schwankungen nicht, erwarteten immer nur Parolen von oben; es fehlte an Initiative, an Aktivität, an Kühnheit. Das schließt nicht aus, daß manche Parteigenossen sich als wirkliche Kommunisten zeigten. Was fehlte, das war die Partei als Ganzes, als lebender, kämpfender Organismus.

Nachdem sie den Streik verloren und den verbrecherischen Reformisten durch ihre Fehler das Spiel erleichtert hat, organisiert der Parteiparat Legenden, um von seinem Versagen abzulenken: Die Linken sind schuldig! Sie hätten zuwenig den Glauben an die Zen-

trale Streikleitung gefestigt! Sie hätten am Montag vormittags bereits vom Rückzug gesprochen. (Er wurde abgelehnt und zwei Stunden später war kein Rückzug mehr möglich, weil die Panik überall eingerissen war!) Zwecklos, sich mit diesen frechen Dummdheiten abzugeben. Die Partei der 860.000 Stimmen in Berlin will die Schuld an ihrem katastrophalen Versagen der winzigen Oppositionsgruppe in die Schuhe schieben. Jeder sieht klar das Lächerliche dieses Manövers.

Das, wovon es jetzt ankommt, das ist, den Kampf für die entlassenen BVG-Arbeiter aufzunehmen. Das ist jetzt das Wichtigste.

In der Partei aber muß man die bitteren Lehren aus diesem Streik ziehen. Man muß alle Kraft einsetzen, zäh, konsequent, um diese politische Führung, um diesen unfähigen Apparat zum Teufel zu jagen. Das wird gewiß nicht leicht sein. Aber der tiefe Widerspruch zwischen dem Triumph im Wahlkampf und der Katastrophe im BVG-Streik zeigt uns, daß die Lösung des Widerspruchs nur auf dem Wege der Überwindung der herrschenden Fraktion in der Partei erfolgen kann.

Bertram.

Irrtum oder Verleumdung? Was die „Welt am Abend“ über den Zusammenbruch des BVG-Streiks berichtet.

Die „Welt am Abend“ vom 8. November behauptet, daß der erste Bahnhof, der die Arbeit wieder aufnahm, der Bahnhof 11, Müllerstraße, war. In Wirklichkeit hatte der größte Bahnhof Berlins, der Straßenbahnhof Moabit, abgesehen von Hallensee, Tegel, Pankow-Reinickendorf, bereits die Arbeit aufgenommen, als am Bahnhof Müllerstraße der Zusammenbruch beendet war. Während in Moabit, Lichtenberg o.s.w. die Katastrophe bereits am Morgen einsetzte, begann sie am Bahnhof Müllerstraße um 11 Uhr und führte dazu, daß um 1 Uhr die Belegschaft wieder in Betrieb war. Diese Feststellung ist deshalb notwendig, weil es sich vielleicht nicht um einen Irrtum der „Welt am Abend“ handelt, sondern um die Vorbereitung eines Angriffes auf uns; vielleicht wird es morgen schon heißen, der „Trotzkisten-Bahnhof“ ist zusammengebrochen und hat den ganzen BVG-Streik mit sich gerissen. Darum ist es notwendig, sofort die Falschmeldung der „Welt am Abend“ richtigzustellen.

15 Jahre nach der Eroberung der Staatsmacht durch die Bolschewiki

In diesen Tagen feiert das russische Proletariat und die kommunistische Partei Rußlands — und weit über die Grenzen der Sowjetmacht hinaus feiert mit ihnen das internationale Proletariat — den 15. Jahrestag des roten Oktober.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse, umbrandet vom Ozean des Weltimperialismus, bedroht von den kapitalistischen Kräften des eigenen Landes und gefährdet durch den schwankenden Zick-Zack-Kurs der zentralistischen Bürokratie, hat sich dennoch behauptet und die Kräfte der Oktoberrevolution, die revolutionären Vorkämpfer der bolschewistischen Partei, sie sind nicht verschwunden, auch wenn sie bei den triumphalen Feiern der Sowjetmacht nicht im Vordergrund stehen, sondern schweigend ihre Pflicht erfüllen oder die Verbannungskolonien und Kerker bevölkern. In den offiziellen Artikeln, unter denen sich selbst einer der Genossen Krupskaja, Lenins Weggefährtin, befindet, wird der 7. November 1917 gefeiert und das „Heldenwerk“ des Militär-revolutionären Komitees (Swerdlow, Stalin, Uricki, Buhnow und Dserschinski), das angeblich den Aufstand organisierte, gefeiert. Auch die Genossin Krupskaja mischt sich in den Chor der Anbeter dieses „heroischen“ Komitees und „vergibt“ den Mann zu erwähnen, der wie kein anderer an dem Heiligen des Aufstandes beteiligt war. — L. D. Trotzki, die Fälscher der russischen Revolutionsgeschichte verschweigen den Wortlaut des Beschlusses des ZK der bolschewistischen Partei vom 16. Oktober 1917, der lautet:

„Das ZK organisiert ein Krieg-Revolutionen-Zentrum, bestehend aus den Genossen Swerdlow, Stalin, Buhnow, Uricki und Dserschinski.“

Dieses Zentrum ist ein Bestandteil des Revolutionären Sowjetkomitees.“

Wer war aber dieses Sowjetkomitee, von dem das Krieg-Revolutionen-Zentrum nur einen ergänzenden Bestandteil bildete? Es war das Organ des Aufstandes, das der Petrowder Sowjet gebildet hatte, und der Vorsitzende dieses Sowjetkomitees war — L. D. Trotzki. Daraus konnte er nicht dem ergänzenden Organ angehören, in dem Stalin ein bescheidenes, unauffälliges Dasein fristete.

Wenn wir dies feststellen und diese Fälschung der Geschichte durch die herrschende Fraktion in der KPSU brandmarken, so geschieht dies nicht aus jenem blinden, hebdenerschen Byzantinertum, das sich heute um Trotzki breit macht, jedem seiner Aussprüche wie einer Offenbarung lauscht, um mit der geschichtlichen Größe dieses einzigartigen Revolutionärs ihre kleinen politischen Geschäften verdecken zu können. Gerade, weil wir mit Trotzki in vielen Fragen Differenzen haben, weil wir an keine, also auch nicht an Trotzki's Unfehlbarkeit glauben, gerade darum ist es unsere Pflicht, dem revolutionären Proletariat die glanzvolle politische Rolle zu zeigen, die Trotzki in der Oktoberrevolution spielte. Weil wir wissen, daß bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Trotzki das politische und moralische Recht auf unserer Seite ist, gerade darum müssen wir nicht zu der verächtlichen Methode greifen, das Werk Trotzki's zu verkleinern.

Die Tatsache, daß es dem Zusammenwirken der Sowjetmacht mit dem internationalen Proletariat 15 Jahre lang gelungen ist, die Angriffe des Weltkapitals zurückzuschlagen, verleiht viele revolutionäre Arbeiter zu der Hoffnung, daß die USSR — ein Sechstel des Erdkreises — eine Welt für sich sei, eine Welt voll unbeschränkter Möglichkeiten. Die auch allein die sozialistische Gesellschaft aufbauen kann.

Viele dieser Arbeiter betreten voller Illusionen die USSR und sie verlassen voller Enttäuschung das Land, das in Wirklichkeit nicht in den „Sozialismus eingetreten“ ist, wie die 17. Parteikonferenz der KPSU behauptete, sondern unter unendlichen Schwierigkeiten die vom Zorismus ererbte Rückständigkeit überwindet — immer wieder bedroht durch schwerwiegende Fehler einer schwankenden, „autoritären“ Bürokratie.

Wir revolutionären Marxisten sind weit entfernt von jenem selbstzufriedenen Optimismus der Schule Stalin, der blind in alle Schwierigkeiten hineinstarrt, der da glaubt, die revolutionären Energien der Arbeiterklasse durch Utopien ansapornen zu können (Sozialismus in einem Land).

Wir sind millionweit von dem kleinbürgerlichen Pessimismus der Ultralinken a la Urbahns entfernt, die den Bestand der proletarischen Diktatur bezweifeln und die

Kräfte der Oktoberrevolution für endgültig erschöpft halten. Wir teilen auch nicht den Standpunkt Trotzki's, daß die ökonomischen Erfolge des Fünfjahresplanes eine ausreichende Garantie für den neuen Aufschwung der Oktoberrevolution bilden.

Unsere Plattform, die eben jetzt in einer tiefgehenden Diskussion in unseren Reihen zu Ende gefordert wird, antwortet auf die Kardinalfragen der russischen Revolution:

... Der grundlegenden Widerspruch in der gegenwärtigen Etappe der russischen Revolution besteht darin, daß sich nicht nur die industrielle Basis der proletarischen Diktatur gewaltig vergrößert hat, daß das Proletariat zahlenmäßig bedeutend gewachsen ist, sondern in noch schwellenderem Tempo sind die bürokratischen Auswüchse der Staatsmacht gewachsen, hat sich die Forderung der Bürokratie zu einer allmächtigen, vom Proletariat losgelösten sozialen Schicht entwickelt.

Diese Entwicklung ist nicht das Resultat zwangsläufig wirkender, objektiver Faktoren, die sich aus der Rückständigkeit und Isolierung der russischen Revolution ergeben. Die isolierte russische Revolution vermag zwar nicht aus eigener Kraft die Periode des Staatskapitalismus im proletarischen Staat zu überwinden, sie vermag keine isolierte, sozialistische, klassenlose Gesellschaft aufzurichten, deren Verwirklichung der zweite Fünfjahresplan verheißt (Ende 1937).

„Alle Gedanken, Reden und Hypothesen über das Verschwinden der Klassen vor dem Kommunismus sind von Marx und Engels schonungslos verspottet worden, denn sie erklären, nur der Kommunismus kann die Klassen auflösen.“ (Lenin auf dem 10. Parteitag der KPSU 16. März 1921.)

Aber die isolierte proletarische Diktatur in der Sowjetunion vermag bei einem revolutionären Kurs der bolschewistischen Partei das sozialistische Element im Staatskapitalismus im proletarischen Staat maximal zu entwickeln und die antagonistischen Kräfte, das Spekulantentum, die bäuerliche Warenwirtschaft, das kulakische Ausbeutertum zurückzudrängen.

Die Verstaatlichung der Industrie, entscheidender Teile des Handels, wichtiger Teile der Landwirtschaft (Sowchose) durch den proletarischen Staat, schließt noch keine Garantie für die endgültige Überleitung der Wirtschaft vom Staatskapitalismus im proletarischen Staat zum Sozialismus in sich.

Die Tatsache, daß auf dem Boden der fortschreitenden Vergesellschaftung der Wirtschaft die soziale Differenzierung wächst, daß sich innerhalb der vergesellschafteten Sektors die bürokratische Oberschicht vom Proletariat immer mehr löst, die Rechte der Arbeiter beseitigt, ihr materielles Niveau, ihre soziale Stellung und ihre politischen Freiheiten senkt, stellt die Gefahr des Zusammenbruchs der proletarischen Diktatur auf die Tagesordnung.“

Ausgehend von der Feststellung Lenins, die heute noch schwerer ins Gewicht fällt als damals: „Genosse Trotzki spricht von „Arbeiterstaat“: Gestatten Sie, das ist eine Abstraktion. Als wir 1917 über den Arbeiterstaat schrieben, war uns begrifflich. Aber wenn

man heute sagt: „Wozu verteidigen, gegen wen die Arbeiterklasse verteidigen, es gibt ja keine Bourgeoisie mehr, wir haben ja einen Arbeiterstaat, so begeht man einen offensichtlichen Irrtum. Der Witz ist ja eben der, daß es nicht ganz ein Arbeiterstaat ist. Darin steckt einer der Grundfehler des Gen. Trotzki... Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat...“ (Rede in der kommunistischen Fraktion des VIII. Allrussischen Sowjetkongresses.)

„Ein falsches Anpacken der Gewerkschaftsfrage heißt die Sowjetmacht, die Diktatur des Proletariats zugrunde richten. (Eine Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaften würde unter der Bedingung, daß die Partei im Unrecht wäre, mit Bestimmtheit die Sowjetregierung zur Strecke bringen in einem so bäuerlichen Lande wie Rußland.)...“

formuliert unsere Plattform die Aufgaben des russischen Proletariats in der gegenwärtigen Etappe:

„Aus dieser Lage kann die russische Arbeiterklasse allein den Ausweg finden, wenn sie im verstärkten Maß den Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen eröffnet. Unter der Losung der „Betriebsdemokratie“ muß die Arbeiterklasse für ihr weitgehendes Mitbestimmungsrecht im Betrieb eintreten, sie muß innerhalb der Gewerkschaft für die Verwirklichung der Arbeiterdemokratie kämpfen, die Gewerkschaften aus der bürokratischen Unklammerung und der faktischen Verstaatlichung lösen und sie in selbständige Organe zur Vertretung ihrer ökonomischen Interessen verwandeln.“

Die Rolle der bolschewistischen Partei in den Gewerkschaften besteht in der ideellen Führung durch die kommunistischen Fraktionen, deren Arbeit aber der Kontrolle durch die Mitgliedschaft untersteht, die in gemeinsamer Abstimmung die Wahl der Körperschaften auf demokratischer Grundlage durchführen.

Der Ausbau der Wirtschaft, die Überwindung der gefährlichen Disproportionen, die sich im industriellen Aufbau gezeigt haben, erfordert das ständige und ungezügelt zusammenarbeiten der staatlichen Wirtschaftsverwaltungen mit den Gewerkschaften, wobei aber die Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht aufgehoben wird, sondern ihnen die Rolle der Vertretung der besonderen Interessen des Proletariats im Prozeß des industriellen Aufbaus zufällt.

Die entscheidende Waffe zur Weiterführung der siegreichen Oktoberrevolution und zur Überwindung der weit fortgeschrittenen Entartung ist die Wiedergeburt der bolschewistischen Partei, die Überwindung der zentralistischen Herrschaft, die Vernichtung der revisionistischen Ideen und die Wiederherstellung des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Die wirkliche und endgültige Überwindung aller Widersprüche, die die russische Revolution in jeder ihrer Etappen zeigt, kann nicht im nationalen Rahmen erfolgen, sondern ihre Lösung wird erst mit dem Fortschreiten der Revolution im Westen möglich werden. Indem wir unsere eigene Revolution vorbereiten, zeigen wir, daß wir wahrhaft im Schatten der Oktoberrevolution kämpfen.

Aus der Internationale

Oesterreich

Erklärung

der Linkskommunistischen Opposition Oesterreichs („Mahnruf“), Sektion der internationalen Arbeitsgemeinschaft linksoppositioneller Gruppen in der Komintern.

Die Konferenz des Rechts-Linksblocks wurde — angeblich aus technischen Gründen — auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Um jeden Zweifel über unsere Stellung zur Einheit zu beseitigen, haben wir die Erklärung veröffentlicht. (Ann. der Redaktion.)

I. Das Mitglied unserer Exekutive Gen. Josef Güttele, Wien, hat seinen die Einladung zu einer Einigungskonferenz aller linken Kommunisten erhalten.

Als Tagesordnung dieser Konferenz ist vorgesehen:

1) Warum ist die Vereinigung aller linken Kommunisten notwendig? Referent Grylliewicz, Berlin.

2) Kapitulation vor dem Faschismus oder Überwindung des österreichischen Opportunismus. Referent Frey.

Einberufen ist die Konferenz, die am 30. Oktober 1932 stattfindet, von einem „Vorbereitungskomitee“, dem angehören: Bernu und Modlich von der Freygruppe-Mayer und Thoma, die sich von der Linksoption abspalteten, und Dr. Heindl, der Exponent der Ultrarechten, die wegen ihres Opportunismus und ihrer liquidatorischen Auffassungen im Jahre 1930 in schärfsten Gegensatz zu unserer Fraktion traten.

Wir stellen fest, daß unter dem Vorwand, die österreichischen Linksoptionellen zu einigen, ein prinzipienloser Block, der Linkszentristen und rechte Liquidatoren umfaßt, geschlossen wurde.

Die österreichische Linke-Mahnrufgruppe, die einen

zweijährigen Kampf für die Grundzüge des revolutionären Marxismus führt, lohnt dieses opportunistische Manöver einer Einigung ohne gemeinsame prinzipielle Grundlage auf das schärfste ab.

II. Eine Einigung der Linken ist möglich, nicht nur in Oesterreich, sondern auch im internationalen Maßstab. Der gegenwärtige Zustand, daß in Deutschland, Frankreich, Griechenland und Oesterreich mehrere linke Fraktionen bestehen, die Tatsache, daß das auf der Aprilkonferenz 1930 in Paris gewählte Internationale Büro (Roemer, Landau, Markin) durch ein administratives Büro ersetzt wurde, hat den Aufschwung der linksoppositionellen Bewegung in der Komintern unterbunden. Vergänglich haben wir Linken in Oesterreich vor diesen Gefahren gewarnt, als im Oktober 1930 der internationale Sekretär, Gen. Mill, eine Einigung in Oesterreich mit administrativen Mitteln erzwingen wollte. Damals hat sich Gen. Trotzki bedingungslos hinter Mill gestellt, und sein Auftreten in Oesterreich als die Vertretung der marxistischen Linie aufgefaßt. Die Erfahrungen haben Gen. Trotzki von seinem Irrtum überzeugt, jetzt ist er gezwungen, denselben Mill als „den typischen Vertreter der großen und kleinen Beamten stalinischen Formierung“ zu brandmarken. Wir begrüßen diese Erkenntnis des Gen. Trotzki: der Verzicht auf die selbstherrliche Ernennung solcher Beamten und die Beseitigung der gewählten Körperschaften der Internationalen Opposition wird den ersten Schritt zur Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie bedeuten, ohne die eine kameradschaftliche Aussprache über die vorhandenen politischen Differenzen unmöglich gemacht wird.

III. Einer Einigung im internationalen Maßstab kann nur schwerlich eine Einigung im nationalen Maßstab vorausgehen. Die internationale Einigung kann nur auf einer internationalen Konferenz erfolgen, auf der beide linken Fraktionen vertreten sein müssen. Wir haben diese internationale Konferenz stets gefordert und werden auch weiterhin für sie kämpfen. Wir legen ihr als politische Basis den „Deklarationsentwurf der internationalen Fraktionsleitung“ vor, mit dem sich unsere Grazer Konferenz vom 2. Oktober einstimmig solidarisiert hat. Falls aber die in Oesterreich vorhandenen linken Gruppen und Splitter ernsthaft bestrebt sind, durch kameradschaftliche Aussprache bereits jetzt den Weg der Einheit zu suchen, so sind wir bereit, alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, um an diesem Werke zu helfen.

Aber diese Einheit darf nicht prinzipiell, d. h. ohne eine Plattform, sie darf nicht opportunistisch, d. h. durch eine Generalamnestie für die Vergangenheit und sie darf nicht mit den Methoden der Geheimdiplomatie und der advokatorischen Winkelzüge angestrebt werden. Sie muß offen und ehrlich, auf einer klaren marxistischen Plattform angestrebt werden.

Eine solche Einigung schließt von vornherein jede Gemeinschaft mit den rechten, Liquidatoren (Heindl und Genossen) aus.

Eine solche Einigung kann aber nur auf dem Boden einer Plattform und einer offenen Aussprache der bestehenden politischen Differenzen in nationalen und internationalen Fragen erfolgen.

IV. Wir erklären angesichts der revolutionären Arbeiterklasse Oesterreichs Euro am 30. Oktober tagende Konferenz als eine abenteuerliche Blockbildung, die unter dem Deckmantel einer „Einigung der Linken“ die Prinzipien der internationalen Opposition mit Füßen tritt, die dem stalinischen Regime die Waffen zur Bekämpfung der Linken Opposition in die Hände drückt, indem sie das verwickelt, was Stalin mit Unrecht den Bolschewiki-Leninisten vorwirft:

Rechte Liquidatoren und linkszentristische Opportunisten, durch nichts anderes zusammengehalten als durch den gemeinsamen Gegensatz zur Parteiführung, verbänden sich unter gegenseitiger politischer Amnestierung.

Nieder mit der Politik der prinzipienlosen Blockierung!

Nieder mit der Politik der gegenseitigen Amnestie!

Für die Leninische Einheit aller Linken auf einer gemeinsamen Plattform und auf dem Boden des demokratischen Zentralismus!

Das Exekutivkomitee der Linkskommunistischen Opposition Oesterreichs (Mahnrufgruppe).

Wien, den 29. Oktober 1932.

Die mystische RGO

Der 20. Juli hat die Aktionsunfähigkeit der KPD mit derart alarmierender Deutlichkeit gezeigt, daß die Parteiführung gezwungen ist, das Versagen der Partei einzugehen. Sie muß auch zugeben, daß die deutsche Arbeiterklasse am 20. Juli eine schwere Niederlage erlitten hat, weil die Gewerkschaftsführer widerstandlos die Gewerkschaften führen. Um ihre eigene Schuld an diesem Zustand in den freien Gewerkschaften zu verwischen, stellen sich aber die Parteibürokraten plötzlich naiv, wie junge linke Sozialdemokraten, und machen so, als ob die Kapitulation der reformistischen Bürokratie eine völlig neue Erscheinung wäre. So schreibt z. B. Walter Ulbricht in der „R. F.“ vom 25. August 1932:

„Der faschistische Umsturz in Preußen am 20. Juli war nur möglich, weil die faschistische Pappregierung wußte, daß die Führer der Gewerkschaften die ganze Macht des Apparates einsetzen würden, um die Massenstreikbewegung zu verhindern.“

„Das ist die wichtigste Lehre des 20. Juli, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst den Kampf um ihre Interessen führen müssen.“

Daß die Gewerkschaftsführer keine Revolutionäre sind, daß sie — solange sie können — Massenstreiks verhindern, daß daher die Arbeiter in den freien Gewerkschaften selbst ihre Interessen vertreten müssen — das hat sich in Deutschland seit dem 4. August 1914 doch ein wenig herumgesprochen.

Was aber haben die Ulbrichts, Hekert, Dahlem, Mecker & Co. getan, um den Mitgliedern in den freien Gewerkschaften zu helfen, den Widerstand gegen die Bürokratie zu organisieren? Sind sie jenen Weg gegangen, den die Linken in der Partei bereits 1927 — nicht zum ersten und nicht zum letzten Male — mit dem Worten gezeigt haben:

„Ganz besonders scharf ist dabei zu betonen, daß an den Thesen über die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten seitdem nichts veraltet ist, und nichts überflüssig geworden ist. Nichts wäre verhängnisvoller, als Nachgeben gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen gegenüber. Das wird mit aller Schärfe abgelehnt.“ (Plattform der Linken Opposition der KPD, 1927, S. 7.)

Nein, sie sind den entgegengesetzten Weg gegangen, jenen, den der V. RGI-Kongreß (1928) wies:

„Die RGI-Anhänger in Deutschland müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen freien Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdet auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit unterzuordnen.“

Diese „selbständigen Organe“ — das war die RGO, die dann 1930—31 schwanger wurde — nämlich mit „roten Gewerkschaften“. Nun, da es sich zeigt, daß man mit diesem Kurs die freien Gewerkschaften kommunisteiner gemacht hat, und die roten Gewerkschaften Totgeburten sind, jetzt windet man sich wie ein Aal, und versucht, die eigenen Kinder zu verweigern.

Man versucht, in den freien Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen. Aber wie? Man hat es glücklich so weit gebracht, daß man in den meisten Industriezweigen rote Verbände hat. Daneben existiert aber noch die RGO, der die roten Verbände angeschlossen sind. Eigentlich sollte ja die RGO wenigstens im ADBG arbeiten. Aber durch ihre „Totgeburten“ ist sie verdammt überberühmt geworden. Daraus müßte man die Lehren ziehen und offen den Kurs der RGO preisgeben.

Aber eben das wird verhindert — aus Prestige-Gründen. Und so gelangt Erich Auer in der „R. F.“ vom 25. August zu folgendem klassischen Resultat:

„Die Oppositionsbewegung der Gewerkschaftsmitglieder, die mit der Politik der ADBG-Führer und der christlichen Gewerkschaftsführer unzufrieden sind, ist nicht gleichzusetzen mit der RGO.“

„Die Zugehörigkeit zu einer Oppositionsgruppe oder deren Leitung bedingt keineswegs die RGO-Mitgliedschaft.“

Damit sind wir glücklich bei einer 3. Form angelangt, erstens rote Gewerkschaften, zweitens RGO, drittens Opposition im ADBG. Was rote Gewerkschaften sind — wissen wir. Was eine Opposition im ADBG ist, wissen wir auch. Was aber ist denn aber, zum Unterschied von beiden, die RGO?

Scheinbar eine Art heiliger Geist, der über den Wassern schwebt und seinen Segen nach Bedarf den roten Verbänden oder der „Opposition im ADBG“ erteilt, oder besser — beiden zugleich. Ueberflüssig zu sagen, daß auf diese Weise eine ernste Massenarbeit der Kommunisten im ADBG unmöglich ist. Ohne die roten Verbände und die RGO planmäßig zu liquidieren — vor allem aber die RGO-Ideologie — ist ein ernster linker Flügel im ADBG unmöglich.

Der „Mahnruf“ schon wieder konfisziert!

Beschluß:

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I ordnet gemäß § 38 Pr.G. auf Antrag der Staatsanwaltschaft Wien I die Beschlagnahme und Verwahrung der etwa vorfindlichen Exemplare der Nr. 21 der Zeitung „Der neue Mahnruf“ vom November 1932 an, weil der Inhalt des in dieser Druckschrift enthaltenen Aufsatzes „Jungfrontler, SP-Arbeiter und Schutzbündler, rüstet euch“ in den Stellen von „Bundeskanzler Dollfuß hat ... bis ... gegen Arbeiter geht! Nergends!“; von „die bürgerliche Justiz ... bis ... und Faschisten“; von „... Ist Gesetz und Justiz ... bis ... und kämpfender Arbeiter“; von „... Unter Duldung der Polizei ... bis ... im Inquisitionsspital liegen“; von „... Die Klassenjustiz und Staatsgewalt ... bis ... auf die Straße ab“, und geeignet erscheint, den Tatbestand des Vergehens nach § 300 St.G. und in der Stelle von „Demonstriert gegen das ...“ bis „... die proletarische Demokratie“ geeignet erscheint, den Tatbestand des Vergehens nach § 305 St.G. zu begründen.

Um die ebebedingte Vorahme dieser Amtshandlung wird die Polizeidirektion Wien (gerichtliche Präpolizei), der zugleich die an die Parteien zustellenden Beschlüssausfertigungen sowie ein Exemplar der beanstandeten Druckschrift übermittelt werden, ersucht.

Landesgericht für Strafsachen Wien I im Journal, am 29. Oktober 1932.

Stampiglie. Dr. Wojtek.

In diesen lakonischen Sätzen birgt sich der neue Kurs in Oesterreich. Die Pressefreiheit, die von der SP als eine der größten Errungenschaften des Novembersturzes gefeiert wurde — ist zur Farce geworden. Kritik an der Tätigkeit und Gesinnung der Regierungsmänner wird wegen

Aufwiegelung verfolgt und konfisziert. Dinge, die hunderte- und tausendmal von der proletarischen Presse angeprangert wurden (Schattendorf, St. Lorenzen usw.) werden konfisziert. Losungen, die jedem politisch tätigen Menschen bekannt sind, werden konfisziert. Nicht weniger als ein Drittel, darunter ganze Absätze, ließ der Staatsanwalt, der sich offenbar einen Sporn erwerben will, konfisizieren. Dies ist die dritte Konfiskation, beziehungsweise Anklage, die der „Mahnruf“ innerhalb der letzten zwei Monate zu verzeichnen hat. Der revolutionäre Geist und Elan unseres „Mahnruf“ hat den besonderen Haß unserer Gegner und der staatlichen Hüter der „Ordnung“ hervorgerufen.

Wir werden nicht erlahmen. Wir werden weiter Opfer bringen für die Sache des Kommunismus. Genossen! Alle Kräfte in den Diensten unseres Kampfes. Sorgt für die Verbreitung des „Mahnruf“! Werdet Abkennner! Spendet ein Scherflein für den Straf-Präf-Fonds des „Mahnruf“. An unserer Kraft, Unbeugsamkeit und Aktivität sollen alle Angriffe unserer Gegner und Feinde zerschellen. Unsere Ideen werden siegen!

Graz

Der Mieterstreik unter Führung der Partei in den Klusensiedlungen zusammengebrochen.

Ein Grazer Genosse schreibt uns:

Nach den letzten Niederlagen bei den Exekutivverhinderungen in den Umgebungsgemeinden von Graz, hat die Partei in Graz und Mitleuteur in ihrer Mieteraktion in den Klusensiedlungen eine erneute Schlappe erlitten. Während klafft die Gebietsleitung nach dem Sündenbock, der die Verantwortung für die verberberische Politik der Partei in Graz tragen soll. Unsonst wütet Koplenig in der „Parteiarbeiterkonferenz“ auf die vermeintlichen Missetäter ein. Doch umsonst; denn seine im Namen des ZK und der Gebietsleitung Graz geführte Klage wird zur Anklage gegen sie — gegen die Parteilinie, Marke Stalin. Außer der lausabüßlichen Handlungsweise des Sekretärs Alfons, der nach der Niederlage seinen Wohnort in der Klusensiedlung verließ und sich eiligst eine andere Wohnung in einem anderen Stadtgebiet suchte, hat wie immer, die Parteiarbeiterschaft in dieser Aktion ihre Pflicht erfüllt. An pflichtbewußten Parteiarbeitern fehlt es der Partei nicht. Was ihr aber fehlt, und das, was die Parteigenossen nicht erkennen wollen, ist jene Politik, die vom Geiste Lenins getragen, jene Führung, die sich jeglicher Situation gewachsen zeigt. Ohne Organisationsbasis, noch Führung, ohne Taktik und Kontakt mit den Mietern der Klusensiedlung, wurde die Aktion durchgeführt. Isoliert von der Masse der Mieter in der Klusensiedlung, sabotiert von der sozialdemokratischen Partei ohne Führung und somit ohne Unterstützung von der übrigen Masse der Werktätigen, mußte die Aktion zusammenbrechen. Angesichts der Sachlage ist das ziellose Rebellion der Parteigenossen wohl verständlich, doch zwecklos. Die Parteigenossen hätten aus den vergangenen Niederlagen lernen müssen, jene Politik sich anzueignen, die wohl im Gegensatz zur stalinischen Generallinie, doch dafür im Einklang mit den leninischen Kampfmethoden ist. Wollen die Parteigenossen auch in Graz eine siegreiche Partei schaffen, dann heißt es mitarbeiten zur Gesundung der Partei im internationalen Maßstab. Es gilt Schluß zu machen mit der defätistischen Generallinie der Partei. Zurück zu Lenin, es gilt zu kämpfen für die Wiederaufnahme der Linksopposition in die Partei.

Wollen wir Kommunisten nicht zur Mieterstreiks vom Zaune brechen, sondern erfolgreich abschließen, dann heißt es, hinein in die Mietervereinigungen, Fraktionen schaffen, um die breiteste Masse der Mieter so für den Kampf zu gewinnen.

Der Stalinist als Wahrsager

Auf der gutbewachten Revolutionsfeier der Grazer Stalinisten prophezehte Alfons I. der Wahrsager, daß Oesterreich in einem Jahre Sowjetösterreich sein werde. Wenn es ihm so ergehen wird, wie den Bibelforschern, die den Weltuntergang prophezeihen, wird er oder sein Nachfolger eben eine neue Theorie für die Auferstehung Sowjetösterreichs verkünden.

So wird Lenin und die Oktoberrevolution von jenen geschändet, die vorgeben, sie zu feiern. Das stalinistische Epigontentum feiert die Grundhellen der russischen Revolution mit derselben schändlichen Mentalität, mit der die Sozialdemokratie Rosa Luxemburg und Liebknecht „feiert“.

Partei- u. RGO-Genossen!

Der katastrophale Ausgang des Berliner Verkehrstreiks, dem das schändliche Versagen der KPD am 20. Juli (Preussischer Staatsstreik) voranging, sind Alarmzeichen. Wenn sich die Aufgabe der KP nur darin erschöpft, die Veratspolitik der SP und Gewerkschaftsbürokratie und die Demagogie der Nazis zu registrieren, statt sie durch eine aktive, leninistische Klassenpolitik zu verhindern, wird die KP das Proletariat ebenso enttäuschen, wie die Sozialdemokratie.

Genossen! Sucht Führung mit der Linken Opposition (Mahnrufgruppe)! Hört unsere warnende, vom Geiste Lenins erfüllte Stimme, ehe das Verhängnis über die Komintern und ihre Sektionen hereinbricht! Kein Wahlerfolg der KPD kann die furchtbare Niederlage im Berliner Verkehrstreik wettmachen.

Kämpft mit uns um eine leninische Komintern!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Struyckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Tabakstraße 52b.